

(Abg. Möller)

Finanzausstattung keine durchgreifende Begrenzung des Schuldenanstiegs schaffen kann. Wir brauchen zwar die solidarische Hilfe der anderen Bundesländer, haben in unserer Geschichte aber auch belegt, dass wir gerade aus der Eigenständigkeit heraus die notwendige Kraft entwickeln können, uns den Herausforderungen des Strukturwandels, der Globalisierung und auch der demografischen Entwicklung zu stellen.

(Beifall.)

Der aus Kostengründen immer wieder geforderten Auflösung des Saarlandes haben wir daher eine klare Absage erteilt. Wir werden in unserer Auffassung durch die von einem Experten vorgetragene Meinung unterstützt, die besagt, dass kleinere Einheiten häufig finanzpolitisch erfolgreich sind. Der Sachverständige hat dies an den Beispielen Schweiz und Luxemburg belegt. In diesem Zusammenhang haben wir auch darauf hingewiesen, dass gegen den Willen der Bevölkerung geplante Zusammenschlüsse von Bundesländern scheitern, weil sie der emotionalen Bindung der Menschen an „ihre“ Region widersprechen.

(Beifall des Hauses.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen kein künstliches größeres Gebilde, mit dem sich die saarländische Bevölkerung nicht identifiziert, zumal in ihm noch nicht einmal ein wirkliches Einsparpotenzial zu sehen ist.

(Erneuter Beifall des Hauses.)

Auf dem schwierigen Gebiet der finanziellen Konsequenzen aus dem demografischen Wandel gelang auf der Grundlage eines von der SPD-Fraktion vorgelegten Kompromisspapiers wieder eine weitreichende Übereinstimmung: Es wurden Empfehlungen für die Landesregierung ausgesprochen, die Investitionen in Bildung sowie für familienpolitische Maßnahmen künftig auch haushaltsrechtlich als Zukunftsinvestitionen ansehen und ihnen höchste Priorität einräumen. Die Mitglieder der Enquetekommission betrachten es als eine vordringliche Aufgabe der Landesregierung, alle Möglichkeiten der demografiesensiblen Förderung in den einzelnen Ministerien zusammenzustellen und in ein Gesamtkonzept einfließen zu lassen. In diesem Zusammenhang ist es im Rahmen seiner Zuständigkeit für den Haushalt die Aufgabe des Landtags, im Haushaltsgesetz die Möglichkeiten für demografiesensible Investitionen zu schaffen. Mit solchen Investitionen soll erreicht werden - auch darin waren sich alle Mitglieder der Enquetekommission einig -, dass Kinder im Vorschulalter, auch solche mit Migrationshintergrund, so gefördert werden, dass sie den Anforderungen der Schule gewachsen sind, dass kein Kind die Schule ohne einen Abschluss verlässt,

(Beifall bei der SPD)

dass die Ausbildungsfähigkeit Aller schon während der Schulzeit gesichert wird, dass die Studierendenquote deutlich gesteigert wird, dass mehr zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen, die jungen und gut qualifizierten Menschen einen Anreiz bieten, im Saarland zu bleiben oder in das Saarland zu kommen, dass allen Frauen, die arbeiten wollen, die notwendigen Rahmenbedingungen zur Verfügung stehen, wenn sie auf Kinderbetreuung angewiesen sind, dass ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine höhere Wertschätzung erfahren,

(Beifall bei der SPD)

dass das Wissen, die Erfahrung und das Potenzial der Älteren besser genutzt werden und dass die öffentlichen Dienstleistungen, der Städtebau und die Infrastruktur an die älter werdende Gesellschaft angepasst werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben jetzt in einem Schnelldurchlauf Eindrücke über Arbeitsschwerpunkte und Ergebnisse der Enquetekommission „Demografischer Wandel“ vermittelt bekommen. Ich hoffe, dass unsere Arbeit dazu geführt hat, dass viele am Thema Interessierte aufmerksam geworden sind und sich mit den Einzelheiten unseres Berichts beschäftigen werden. Sie werden viele Daten, Fakten und Hintergründe über den demografischen Wandel im Saarland erfahren und darüber hinaus viele konkrete Vorschläge dazu nachlesen können, wie diejenigen, die politisch Verantwortung tragen, die Herausforderungen des demografischen Wandels annehmen und gestalten können.

Am Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, gilt mein Dank den Mitgliedern der Enquetekommission „Demografischer Wandel“ für die konstruktive Zusammenarbeit in 35 arbeitsintensiven Sitzungen, den Sachverständigen für fundierte Vorschläge und Anregungen, dem Geschäftsführer für umfangreiche Vorbereitungs- und Koordinierungsarbeiten, den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen, den Stenografinnen und Stenografen für viele Überstunden und last but not least dem Präsidenten des saarländischen Landtags für die Schaffung von Voraussetzungen für eine angenehme Arbeitsatmosphäre.

(Beifall des Hauses.)

Und Ihnen allen vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Erneuter Beifall des Hauses.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Alexander Funk.

Abg. Funk (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Folgen des demografischen Wandels auf alle Lebensbereiche werden immer mehr Menschen bewusst. Sie stellen sich Fragen: Wie kann es gelingen, bei einer stark schrumpfenden und gleichzeitig immer älter werdenden Gesellschaft soziale Sicherheit zu erhalten? Wie kann es gelingen, unsere funktionierende Infrastruktur dauerhaft zu erhalten? Wie gelingt es uns, unseren wirtschaftlichen Wohlstand auf Dauer zu sichern?

Dabei ist häufig zu beobachten, dass die demografische Entwicklung in Deutschland meist in ihren Risiken für soziale Sicherung und Wohlstand diskutiert wird. Es werden überwiegend die negativen und kostentreibenden Effekte des Rückgangs und der Alterung der Bevölkerung gesehen. Häufig ignoriert werden dabei allerdings die mit der demografischen Entwicklung verbundenen Chancen. In den vergangenen drei Jahren haben wir in der Enquetekommission „Demografischer Wandel“ mit Unterstützung zahlreicher Sachverständiger Anregungen und Antworten auf diese Fragen gegeben. Neben der Erarbeitung der notwendigen statistischen Vorausschauen haben wir uns auf die bereits fünf genannten Handlungsfelder konzentriert. Zu jedem dieser Handlungsfelder haben wir umfangreiche Empfehlungen beschlossen, die bei entsprechender Betrachtung dazu beitragen können, die Folgen des demografischen Wandels für das Saarland erfolgreich zu bewältigen.

Es handelt sich dabei nicht um einen politischen Masterplan für die kommenden Jahre. Ein Leitfaden sowohl für die Landes- wie auch die Kommunalpolitik ist unser Abschlussbericht schon. Um es deutlicher zu sagen: In diesem Abschlussbericht findet sich kein Fahrplan, den man einhalten muss und die Probleme des demografischen Wandels werden gelöst. Wer das erwartet hat, wird enttäuscht. Vielmehr geht es darum, einen Wandel in der Gesellschaft herbeizuführen. Jeder Einzelne, Bürgerinnen und Bürger, Kommunal- und Landespolitiker, Unternehmer und Arbeitnehmer müssen umdenken. - Ja, wir werden immer älter. Freuen wir uns darauf und lasst uns diese gewonnene Lebenszeit sinnvoll nutzen!

(Abg. Funk)

Dazu zählt keine lange Schulzeit. Dazu zählen weder lange Ausbildungszeiten noch die Frühverrentung. Wenn derzeit auf einen Rentner drei Erwerbstätige kommen, wird sich dieses Verhältnis schon in 20 Jahren dramatisch verschlechtern. Dann müssen zwei Erwerbstätige für einen Rentner aufkommen, weitere 20 Jahre später arbeitet ein Arbeitnehmer für einen Rentner. Wir werden unseren wirtschaftlichen Wohlstand in Zukunft nicht sichern können, indem wir immer kürzer im Erwerbsleben stehen und möglichst lange das Rentenalter genießen. Jeder von uns ist aufgerufen, seinen Beitrag zu leisten, möglichst lange für sich und die Gesellschaft zu arbeiten - auch nach dem Eintritt in den sogenannten Ruhestand. Viele Menschen sind mit 65 oder 67 Jahren so fit, dass sie auch im Ruhestand sinnvoll für andere Menschen da sein können. Dieses Potenzial muss in Zukunft stärker genutzt werden. Unser Potenzial richtig nutzen, das ist die entscheidende Herausforderung für die Zukunft. So kann es sich unsere Gesellschaft in Zukunft nicht mehr leisten, Jugendliche ohne Schul- und Berufsabschluss in Hartz 4 zu schicken. In Zeiten von Facharbeitermangel dürfen wir es nicht zulassen, dass gerade junge Menschen ihre wertvollste Zeit mit Nichtstun oder in Arbeitsmaßnahmen vergeuden.

Aber auch die Erwerbstätigenquote der Frauen ist in Deutschland unterdurchschnittlich. Ohne den Menschen, insbesondere den Frauen, einen Lebensentwurf vorschreiben zu wollen, gilt es, die Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass sie eine echte Entscheidungsalternative zwischen Beruf und Familie haben. Der entscheidende Punkt bei der Bewältigung des demografischen Wandels ist also, die Fähigkeiten der noch vorhandenen - oder anders ausgedrückt: der immer weniger werdenden - Menschen optimal zu nutzen, sowohl im Beruf als auch im Ehrenamt.

Damit bin ich bei den Schlüsselthemen Bildung und Familie. In meinen Ausführungen konzentriere ich mich auf diese beiden Handlungsfelder, da sie im Kontext mit der Bewertung des demografischen Wandels von überragender Bedeutung sind. Wissen ist Macht. Dieser Leitspruch der Arbeiterbewegung zum Ende des 19. Jahrhunderts hat in großem Umfang in der damaligen Zeit das Bewusstsein für die Bedeutung der Bildung breiter Bevölkerungskreise geprägt und nicht unerheblich zur Beteiligung der Arbeiterschaft an politischen Prozessen beigetragen. Auch nach gut 120 Jahren ist dieser Leitspruch aktueller denn je. Angesichts einer kleiner und gleichzeitig älter werdenden Bevölkerung vor dem Hintergrund der Globalisierung kann eines mit Sicherheit gesagt werden: Die Welt der Zukunft ist eine Welt des Lernens inmitten sich ständig verändernder Wirklichkeiten.

Wir sind im Saarland in besonderem Maße darauf angewiesen, dass unsere Bürger wie unsere Institutionen willens und imstande sind, ihr Wissen und ihre Fähigkeiten neuen Aufgaben anzupassen und ständig weiterzuentwickeln, um dem Wandel gewachsen zu sein. Das lebenslange Lernen muss zum Leitbild einer ganzen Gesellschaft werden. Denn das einzige vermehrungsfähige Vermögen, über das wir im Saarland verfügen, um den zukünftigen Herausforderungen gewachsen zu sein, ist Bildung. Sie entscheidet darüber, ob wir die Zukunft meistern werden. Denn ihre Aufgabe besteht darin, Menschen darauf vorzubereiten, ihr eigenes Leben selbstbestimmt zu führen und verantwortlich an der Gestaltung der Gesellschaft teilzunehmen.

Wir müssen uns vergegenwärtigen: Unser deutsches Wachstumsmodell zeigt eine eindeutige Bruchlinie auf. Deutliche Produktivitätssteigerungen sind nicht mehr wie in den vergangenen Jahren vorrangig über Rationalisierung bestehender Strukturen zu erzielen, Produktivitätsgewinne werden in Zukunft mehr als heute über gesteigerte Innovationen erzielt. Dafür benötigen wir besser gebildete und höher qualifizierte Mitarbeiter. Angesichts des sich abzeichnenden Rückgangs der Zahl von jungen Menschen können wir es uns heute schon nicht mehr leisten, auch nur eine Begabung nicht zu fördern und auch nur einen Schulabbrecher mehr als vermeidbar hinzunehmen.

Notwendig hierzu ist ein pädagogischer Paradigmenwechsel, denn wenn wir in Qualität und Erfolg unseres Bildungswesens den Standards des 21. Jahrhunderts gerecht werden wollen, kommen wir nicht umhin, entscheidende Paradigmenwechsel einzuleiten. Mittlerweile beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass der Schlüssel für eine erfolgreiche Umgestaltung unseres Bildungswesens in einer grundlegenden Reform der Lehrerbildung liegt.

Entscheidend für den Bildungserfolg unserer Kinder sind gut ausgebildete, ihren Beruf, besser eigentlich ihre Berufung, mit Freude ausübende Menschen. Heute kann in Deutschland jeder, der ein halbwegs passables Abitur gemacht hat, Lehrer werden. Ob er für die Arbeit mit Kindern geeignet ist, stellt sich unter Umständen erst während der ersten Berufsjahre heraus. Notwendig ist eine gezielte Auswahl schon zu Beginn des Studiums, um letztlich die Lehrer zu bekommen, die unseren Kindern täglich die Gewissheit vermitteln, dass Lernen ein positives Erlebnis ist und neue Welten eröffnen kann.

Beispielhaft für eine hervorragende Lehrerbildung ist das kleine Finnland. Jedes Jahr bewerben sich dort 6.500 junge Menschen um die Aufnahme für ein Lehrerstudium, aber nur 800 werden jedes Jahr genommen. Nur derjenige erhält am Ende eine Stelle, der während des Studiums bewiesen hat, für die Arbeit mit Kindern wirklich geeignet zu sein.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Mit der Bezahlung kann der hohe Andrang für das Lehrerstudium in Finnland übrigens nicht erklärt werden, denn dort verdienen Lehrer rund ein Drittel weniger als bei spielsweise deutsche Lehrer. Aber der Beruf des Lehrers ist dort mit einem derart hohen Sozialprestige verbunden, dass es offenbar für viele junge Menschen Anreiz genug ist, sich der schwierigen Ausbildung und der sich anschließenden anspruchsvollen pädagogischen Tätigkeit zu unterziehen.

Bildungschancen sind Lebenschancen. „Es gibt nur eine Sache auf der Welt, die teurer ist als Bildung - keine Bildung“, sagte auch Bundespräsident Horst Köhler bei seiner Berliner Bildungsrede. Wir müssen uns von der Vorstellung lösen, dass Bildungsausgaben verlorene Gelder darstellen. Im Gegenteil, wir müssen erkennen, dass Bildungsausgaben die wichtigste Zukunftsinvestition sind, die eine Gesellschaft leisten kann, um auch zukünftige Grundlagen für ein prosperierendes Gemeinwesen zu schaffen. Der demografische Wandel und der damit einhergehende Rückgang der Schülerzahlen eröffnet hier eine große Chance. Nach Berechnungen der Kultusministerkonferenz verringern sich die Schülerzahlen im Saarland bis zum Jahr 2020 um rund 40.000.

Durch diesen starken Rückgang ist nach Berechnungen der Prognos AG ebenfalls bis 2020 mit Einsparungen im saarländischen Bildungswesen in Höhe von 254 Millionen Euro zu rechnen. Wenn es gelänge, dieses Geld im Bildungswesen für notwendige Innovationen und Investitionen einzusetzen, hätten wir alle Chancen, unseren Kindern die Förderung zuteil werden zu lassen, die notwendig ist, um den Anforderungen einer sich ständig wandelnden Wirtschaftswelt und einer sozial schwieriger werdenden Lebensumwelt gewachsen zu sein.

Besonderes Augenmerk ist dabei auf die ganz jungen Menschen zu legen. Der im Saarland von der CDU eingeleitete quantitative Ausbau der Krippenplätze sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir gerade im Bereich der frühen Förderung noch einen erheblichen Nachholbedarf haben. Auch kleine Kinder sind lernbereit und lernwillig. Je früher Kinder - insbesondere aus sozial schwachen Schichten - gefördert werden, je intensiver auch mit den Eltern kooperiert wird, desto größer sind die Chancen, die Lebensweichen nicht in Richtung „Scheitern“ stellen zu müssen.

Der eigentliche Skandal unseres Bildungswesens ist die soziale Selektion, die in diesem frühen Stadium stattfindet. Unsere Krippen

(Abg. Funk)

und Kindergärten sind die Einrichtungen, die frühe Bildung ermöglichen und soziale Nachteile so früh wie möglich ausgleichen sollen. Hierfür ist es notwendig, erheblich mehr in die Weiterqualifizierung des Personals zu investieren, aber auch in Einrichtungen, die in sozial besonders belasteten Problemgebieten liegen, eine wesentlich bessere Personalausstattung zu ermöglichen, damit pädagogische Frühförderung auf fachlich anspruchsvollem Niveau durchgeführt werden kann.

Ein Kind, das nicht gefördert wird, in der Schule versagt und letztlich bei Hartz 4 landet, verursacht nach Berechnungen der Fachleute volkswirtschaftliche Kosten von fast 200.000 Euro in Form der Inanspruchnahme von Angeboten der Jugendhilfe, Bezug von Sozialleistungen, nachgelagerten kompensierenden Bildungsanstrengungen und entgangenen Steuern und Sozialabgaben. Wer über zu hohe Jugendhilfeausgaben lamentiert, muss sich die Frage gefallen lassen, welche Anstrengungen er unternommen hat, um junge Menschen so früh wie möglich intensiv zu fördern.

Ein weiteres Augenmerk ist dem Bereich der Weiterbildung zu schenken. Alle Fachleute sind sich einig, dass sowohl die Wirtschaft als auch die öffentliche Hand ihre Anstrengungen deutlich verstärken müssen. Angesichts des Tempos, mit dem sich Arbeits- und Lebenswelten heute verändern, muss jeder damit rechnen, sich neuen beruflichen Anforderungen stellen zu müssen. Wir müssen feststellen, je höher die Qualifikation eines Berufstätigen, desto höher auch seine Teilnahme an Angeboten der beruflichen Weiterbildung. So erfreulich das für den Betroffenen sein mag, kann es doch nicht im Gesamtinteresse sein, dass insbesondere Geringqualifizierte, Ältere, Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund unterproportional an Weiterbildung partizipieren beziehungsweise partizipieren dürfen. Hier bestehen die zukünftigen Herausforderungen an die Weiterbildungssysteme darin, Eingangsbarrieren abzubauen und Bildungsinhalte auf die jeweilige Klientel so zuzuschneiden, dass Bildung als etwas Positives gesehen wird. Ich sage aber ganz deutlich: Wir als Politik haben auch die Aufgabe, den Menschen ihre individuelle Verpflichtung noch deutlicher als bisher zu machen; sie müssen sich selbst verpflichtet fühlen, sich auch im Wege der Eigeninitiative auf dem neuesten Stand des beruflichen Wissens zu halten.

Das zweite Handlungsfeld, das in der Arbeit unserer Kommission einen breiten Raum eingenommen hat, ist das Handlungsfeld „Familie“. Familien mit Kindern bilden die Grundlage für eine langfristig stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Gesellschaft. Die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind gekennzeichnet durch tiefgreifende strukturelle Veränderungen. Nicht die jobgerechte Familie, sondern die familiengerechten Jobs müssen Ziel der familienpolitischen Bemühungen auf diesem Feld sein.

(Beifall bei CDU und FDP.)

Das Kindeswohl und die Kinderfreundlichkeit müssen daher im Zentrum der Sozial-, Familien- und Bildungspolitik stehen. Im Hinblick auf den Geburtenrückgang, der zwar schon über Jahrzehnte bundesweit zu beobachten ist, im Saarland inzwischen aber besonders drastische Züge angenommen hat, muss unsere Gesellschaft dringend familien- und kinderfreundlicher werden. Mit 1,2 Kindern pro Frau haben wir im Saarland im Vergleich der Bundesländer die geringste Geburtenrate. Aus Untersuchungen wissen wir, dass bei vielen jungen Frauen und Männern der Wunsch nach Kindern durchaus vorhanden ist, aber aus unterschiedlichen Gründen immer seltener realisiert wird. Die Politik hat in solche zunächst überwiegend persönlichen Entscheidungen nicht hineinzureden, aber sie ist für die Rahmenbedingungen zuständig, die der Vereinbarkeit von Familie und Beruf dienen. Es darf dabei heute keine Rolle mehr spielen, ob Eltern verheiratet sind, zusammenleben oder alleinerziehend sind.

Die fehlende Betreuungsinfrastruktur steht an dritter Stelle der Gründe, die gegen eine Realisierung von Kinderwünschen sprechen.

Darauf haben die Experten in der Enquetekommission hingewiesen. Es ist Aufgabe der Politik, auf allen Ebenen potenzielle Eltern bei der Gründung einer Familie zu unterstützen und ihnen die Entscheidung für eine Elternschaft zu erleichtern. Dazu gehört auch eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Insbesondere muss die Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Lebensmodellen gewährleistet und für Flexibilität gesorgt werden.

Von Familienfreundlichkeit profitiert nicht nur die Familie selbst, sondern alle: Kommunen, Unternehmen, das öffentliche und gesellschaftliche Leben insgesamt. Familien sind auf günstige Rahmenbedingungen angewiesen, sie brauchen bedarfsgerechte Kinderbetreuung und familienfreundliche Arbeitsplätze, günstige Wohnbedingungen, ein anregendes kulturelles Umfeld und vieles mehr. Familienfreundlichkeit berührt viele Handlungsfelder und kann nur in der Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure, einschließlich der Familien selbst, erreicht werden. Eine günstige Voraussetzung dafür ist die Bildung von lokalen Bündnissen für Familie, wie sie im Saarland durch die seit Mai 2005 bestehende erste landesweite Kooperation mit dem Servicebüro Lokale Bündnisse für Familie geschaffen wurde.

Im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf entstehen nicht nur Konflikte zwischen der Geburt eigener Kinder und dem Beruf, zunehmend entstehen diese Konflikte auch zwischen dem Beruf und der Pflege der eigenen Eltern. In Zukunft ist auch die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf stärker in den Blick zu nehmen.

Die Entscheidung für ein Kind wird zum einen von persönlichen Werten, von der Qualität der Partnerbeziehung, von der familiären Tradition, von der Emanzipation der Menschen und von den jeweiligen persönlichen Zukunftserwartungen abhängig gemacht. Nicht zu unterschätzen sind aber auch die Maßnahmen der staatlichen Unterstützung, die persönliche finanzielle Situation der Betroffenen, die Chancen am Arbeitsmarkt, das berufliche Umfeld, das gesellschaftliche Klima für Familie und Kinder und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Von überragender Bedeutung für die Bewältigung des demografischen Wandels ist der gerade von mir letztgenannte Aspekt, nämlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung hat festgestellt, dass 61 Prozent der Frauen im Westen und 82 Prozent der Frauen im Osten mit Kindern weiterhin, wenn auch mit unterschiedlichen zeitlichen Abstufungen, im Beruf bleiben wollen. Alle Daten deuten darauf hin, wenn die Meinung vorherrscht - gestützt durch konkrete Erfahrungen -, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei schwierig, werden Kinderwünsche verschoben beziehungsweise ganz aufgehoben.

Hier entsteht erheblicher Handlungsbedarf. Fragt man die Betroffenen, welche Maßnahmen es erleichtern könnten, Kinder zu bekommen, so fallen die Antworten nach einer Studie der Bosch-Stiftung ziemlich eindeutig aus. An erster Stelle steht die Forderung nach mehr und besseren Teilzeitarbeitsmöglichkeiten, an zweiter Stelle die Forderung nach flexiblen Arbeitszeiten für berufstätige Eltern mit Kindern, an dritter Stelle die Forderung nach besseren Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern ab drei Jahren bis zum Schulalter und erst an vierter Stelle die Forderung nach einem finanziellen Zuschuss für Familien mit Kindern, dessen Höhe vom Familieneinkommen abhängig ist.

Eines, meine Damen und Herren, wird bei dieser Aufzählung deutlich: Am wichtigsten sind den Betroffenen Vereinbarungsmöglichkeiten im Berufsleben. Hier liegt für alle Betriebe noch ein gewaltiges zu bearbeitendes Feld. Wer als Arbeitgeber angesichts der sich jetzt schon abzeichnenden Verknappung bei der Anzahl an qualifizierten Arbeitskräften in Zukunft geeignete Arbeitskräfte einstellen will, wird eine wesentlich höhere Bereitschaft als heute mit-

(Abg. Funk)

bringen müssen, auf die Flexibilisierungswünsche der Betroffenen, insbesondere der Frauen, einzugehen.

(Beifall bei allen Fraktionen des Hauses.)

Die große Mehrheit der Frauen will im Beruf bleiben. Wenn wir sie zu mehr Kindern ermuntern wollen, sind in erster Linie die Vereinbarungsmöglichkeiten entscheidend zu verbessern. Wenn 66 Prozent der Frauen in der schon zitierten Studie der Bosch-Stiftung die Befürchtung haben, dass durch die Geburt eines Kindes ihre beruflichen Chancen deutlich schlechter wären, dann zeigt das auf, wie viel Bewusstseinsarbeit in unserer Gesellschaft zu leisten ist. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sind wir darauf angewiesen, dass möglichst viele Frauen mit Kindern im Beruf bleiben. Dies hat noch einen weiteren positiven Aspekt: Wer aktiv die Armut in Familien und hier insbesondere bei Alleinerziehenden bekämpfen will, muss alle Anstrengungen unternehmen, den Arbeitsplatzwünschen der Menschen unter Berücksichtigung der jeweiligen spezifischen Familiensituation nachzukommen.

In diesem Zusammenhang erwähne ich das von Frau Bundesminister Ursula von der Leyen geförderte Unternehmensprogramm Erfolgsfaktor Familie, das sich zum Ziel gesetzt hat, das Bewusstsein für eine familienfreundliche Arbeitswelt deutlich zu steigern. Knapp zwei Jahre nach Gründung des Unternehmensnetzwerkes engagieren sich schon 2.000 Betriebe und in 513 lokalen Bündnissen für Familie beteiligen sich nochmals 4.500 Betriebe. Sie alle verbindet das Ziel, die deutsche Arbeitswelt eindeutig familienfreundlicher zu gestalten. Einen wichtigen Platz nimmt die Forderung nach besseren Betreuungsmöglichkeiten für Kinder ein. Hier sind wir im Saarland auf einem guten Weg. Im Bereich der Krippenplätze nehmen wir im Vergleich mit den übrigen westlichen Bundesländern schon heute einen Spitzenplatz ein. Hier hat sich in den letzten fünf Jahren schon Entscheidendes getan. Aber legt man das Tagesbetreuungsbaugesetz zugrunde, so müssen bis zum Jahr 2010 noch weitere 1.300 Plätze und bis zum Jahr 2013 nochmals 3.700 Plätze geschaffen werden, um die gesetzlichen Auflagen zu erfüllen. Mit dem quantitativen Ausbau der Tagesbetreuung muss eine noch stärkere Flexibilisierung der Betreuungszeiten einhergehen. Arbeitszeiten der Frauen und Männer finden nicht nur zwischen 08.00 Uhr und 17.00 Uhr statt.

Mit dem vom Bundesgesetzgeber geplanten Ausbau der Betreuung durch Tagesmütter kann insbesondere das Problem der so genannten Randzeitenbetreuung den Flexibilisierungswünschen der Eltern entgegenkommen. Wir sind in der Kommission aber auch der Auffassung, dass die Kinderbetreuungseinrichtungen im Land zu Familienzentren weiterentwickelt werden sollten, die dann unter einem Dach nicht nur Bildung und Betreuung der Kinder vereinen würden. Solche Eltern-Kind-Einrichtungen sollen Angebote wie zum Beispiel Elternschule, Sprachkurse für Migrantenfamilien, Gesundheits-Checks, Erziehungsberatung und ähnliche Leistungen anbieten. Anzustreben ist auch eine verstärkte Verzahnung der Arbeit der Kindergärten und der Grundschulen.

Was folgt aus dem Gesagten für eine nachhaltige Familienpolitik? Eine nachhaltige Familienpolitik muss den Grundsatz der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern stärker in staatlichen Leistungen und Programmen verankern. Eine nachhaltige Familienpolitik muss so flexibel gestaltet werden, dass sie Familien mit unterschiedlichen Lebensentwürfen gerecht wird. Sie muss sich für verbesserte Zeitoptionen einsetzen, sie muss sich durch einen höheren Grad an Verlässlichkeit auszeichnen und sie muss den hohen Wert von Familie und Kindern täglich durch konkretes Handeln zum Ausdruck bringen. Wir haben in der Kommission eine detaillierte Sachdarstellung erarbeitet und praxisnahe Empfehlungen zur Bewältigung des demografischen Wandels im Saarland gegeben.

Von dieser Stelle aus bedanke ich mich nochmals bei den Kolleginnen und Kollegen für die sachorientierte Zusammenarbeit, bei unse-

ren Sachverständigen für ihre anregenden Beiträge und bei allen sonstigen Damen und Herren, ohne deren Mitarbeit unsere Arbeit gar nicht möglich gewesen wäre, insbesondere bei dem Geschäftsführer unserer Enquetekommission, Tim Flasche.

(Beifall.)

Ich appelliere an alle, die spannende Aufgabe der Bewältigung des demografischen Wandels ständig im Auge zu behalten. Denn von der Bewältigung dieser Aufgabe hängt nicht weniger als die Zukunft unseres Bundeslandes ab.

(Beifall bei allen Fraktionen.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Manfred Baldauf.

Abg. Baldauf (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Demografischer Wandel ist eine der spannendsten und vielfältigsten, aber auch dramatischsten Herausforderungen für die Politik. Das hat die Arbeit in der Kommission in besonderer Weise bestätigt. Über zwei Jahre haben wir uns mit zahlreichen Facetten des demografischen Wandels beschäftigt und dabei auch über die politischen Perspektiven hinaus viel gelernt. Die Beschäftigung des saarländischen Landtags mit dem demografischen Wandel war notwendig, denn der demografische Wandel betrifft jeden und wird mittelfristig an keinem von uns spurlos vorbeigehen. Dennoch darf man - und das ist auch ein Resümee unserer Arbeit - den demografischen Wandel nicht nur als etwas Negatives, als etwas Bedrohliches sehen. Wir müssen auch die Chancen erkennen, die in ihm liegen. Immer mehr Menschen werden älter und bleiben vor allem auch länger fit und mobil. Innerhalb der nächsten 25 Jahre wird die Zahl der über 100-Jährigen in Deutschland von jetzt 10.000 auf dann 45.000 steigen. Deshalb ist es umso wichtiger, das Wissen und die Alterskompetenz der über 65-Jährigen verstärkt zu nutzen. Die Politik der Frühverrentungen, die lange Zeit von Unternehmen praktiziert worden ist, hat sich als Sackgasse erwiesen. Dazu hat die Kommission in ihren Empfehlungen auch klar Stellung bezogen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben als Kommission nicht versucht, das Rad neu zu erfinden, sondern Synergieeffekte zu nutzen, das heißt, wir haben die Ergebnisse anderer Demografie-Kommissionen berücksichtigt und in unsere Arbeit aufgenommen. Unser Ziel war es, auf dieser Basis zum einen das Bewusstsein der Saarländerinnen und Saarländer für den demografischen Wandel zu schärfen. Zum anderen wollten wir nicht nur global diskutieren, sondern auch konkrete Lösungsansätze erarbeiten und konkrete Handlungsstrategien aufzeigen. Natürlich liegt der Teufel häufig oft im Detail. Denn gerade der Blick auf die Details lässt die Differenzen zwischen den einzelnen Fraktionen deutlich werden. Aber - und das möchte ich an dieser Stelle besonders hervorheben - wir haben im Rahmen der Kommission sehr konsensual zusammengearbeitet und dafür danke ich allen Kolleginnen und Kollegen der Kommission besonders.

(Beifall aller Fraktionen.)

Dabei haben wir uns auch immer wieder von der ideologischen Brille lösen können. Diese ideologische Brille ist sonst doch häufig der Grund für politische Streitigkeiten, selbst wenn wir grundsätzlich im Ziel einig sind. Das Bewusstsein der Bevölkerung schärfen, heißt immer, in einem ersten Schritt zu analysieren, wie sich die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger durch den demografischen Wandel ändern. Das heißt aber vor allem auch, dass wir diesen veränderten Bedürfnissen gerecht werden müssen. Besonders gut ist dies zum Beispiel im Teilbereich Wohnen gelungen. Wir haben im Rahmen unserer Arbeit zahlreiche Stolpersteine gerade in der kom-